

Länderpapier zu Lesotho 2020

Königreich Lesotho Staatsoberhaupt: König Letsie III Regierungschef: Moeketsi Majoro

Im AI-Jahresbericht zu Lesotho 2019 wurde berichtet, dass die Menschenrechtsverletzungen und die Straflosigkeit unvermindert weitergingen. Die Vorwürfe der Folter und anderer Misshandlungen hielten an. Das Recht auf freie Meinungsäußerung wurde weiterhin stark eingeschränkt. Es gab unrechtmäßige Tötungen. Straflosigkeit hielt an.

Im Jahr 2020 gab es diese beiden AI-Berichte:

Lesotho: Behörden müssen Schlüsselzeugen für den Mord an Lipolelo Thabane schützen

Am 14. Juni 2017 wurde die Ehefrau des damaligen Premierministers von Lesotho, Thomas Thabane, Lipolelo, ermordet. Sie fuhr zum Zeitpunkt des Angriffs mit ihrer Bekannten Thato Sebolla, die ebenfalls angeschossen wurde und Verletzungen erlitt.

Dem Premierminister drohte im Februar 2020 eine Anklage wegen des Mordes und des Mordversuchs. Angesichts der Tatsache, dass so mächtige Verdächtige mit einer Anklage wegen Mordes und Mordversuchs konfrontiert sind - und einer langen Geschichte der Straflosigkeit im Land – forderte AI die Behörden Lesothos auf dafür zu sorgen, dass die Menschen, deren Aussage im Mittelpunkt des Falles steht, vor Schaden bewahrt werden. Eine der Personen, die als Schlüsselzeugen gelten, starb unter mysteriösen Umständen, andere sind nach Erhalt von Morddrohungen aus dem Land geflohen.

Im Mai 2020 trat Premierministers Thomas Thabane aus dem Amt. AI verstärkte seine Forderungen, ihm keine Immunität für die Mordanklage gegen seine verstorbene Frau und die Anklage wegen versuchten Mordes an ihrer Bekannten Thato Sebolla zu geben. Es sei auch wichtig, dass wichtige Zeugen, darunter Sebolla, von den Behörden vollen Schutz erhalten. "Alle mutmaßlichen Täter müssen in fairen Gerichtsverfahren vor Gericht gestellt werden".

Bau eines neuen Staudamms bringt fast 8.000 Menschen in Gefahr, vertrieben zu werden

Fast 8.000 Menschen sind mit dem Verlust ihrer Häuser oder ihrer Lebensgrundlage durch den Bau des neuen Polihali-Staudamms in Lesotho konfrontiert. Die Organisation fordert die Behörden auf, den Bau des Polihali-Staudamms, der Südafrika mit Wasser versorgen wird, so lange zu stoppen, bis die betroffenen Gemeinden im Distrikt Mokhotlong ordnungsgemäß konsultiert und entschädigt worden sind.

Einige Vertriebene erhielten als Entschädigung nur etwas mehr als umgerechnet 1 US-Dollar! Die Menschen werden aus ihren Häusern umgesiedelt, andere sind mit dem Verlust von Weideland für ihre Tiere oder dem Verlust von Wildfrüchten und Heilpflanzen, von denen sie ihren Lebensunterhalt verdienen, konfrontiert.

AI fordert die Arbeiten einzustellen, bis die das Vorgehen den internationalen Menschenrechtsstandards für Vertreibungen entspricht. Es muss echte Konsultationen mit den betroffenen Gemeinden geben und eine Entschädigung für etwaige Verluste.

"Südafrika, das von der neuen Wasserversorgung profitieren wird, hat auch die Verpflichtung, sicherzustellen, dass das Projekt die Menschenrechte erfüllt, während es dieses Wassergeschäft verfolgt.